

## Beschluss Queeres Leben diskriminierungsfrei ermöglichen - in Sachsen, Deutschland und überall

Gremium: Landesmitgliederversammlung  
Beschlussdatum: 04.07.2020  
Tagesordnungspunkt: 2. Inhaltliche Anträge

1 Aufgrund der sich ausbreitenden Corona-Pandemie müssen große CSDs in diesem Jahr  
2 leider weltweit ausfallen. Dabei wirkt die momentane Krise jedoch wie ein  
3 Brennglas auf die Herausforderungen der queeren Community rund um den Globus.

4 Obwohl seit drei Jahren für gleichgeschlechtliche Paare die Möglichkeit besteht,  
5 sich trauen zu lassen ("Ehe für alle") und obwohl in diesem Jahr ein Teilverbot  
6 von Konversionstherapien (Behandlungen, bei denen die sexuelle Orientierung  
7 verändert/beeinflusst werden soll) durch den Bundestag und Bundesrat beschlossen  
8 wurde, sind auch hier in Deutschland und Sachsen noch viele Schritte zu gehen.

9 Noch immer ist es erlaubt, Konversionstherapien an jungen Erwachsenen (18-26  
10 Jahre) durchzuführen, weil das gesetzliche Verbot nur für Minderjährige gilt.  
11 Aber gerade junge Menschen, die sich noch inmitten ihrer Coming-Out-Verläufe und  
12 familiären Abhängigkeiten befinden, gilt es besonders in der Entfaltung ihrer  
13 Persönlichkeit zu schützen. Außerdem gibt es eine Ausnahmeregelung für Eltern:  
14 Sie dürfen weiterhin diese gefährlichen Eingriffe (beispielsweise  
15 Psychotherapie, Lichttherapie, Homöopathie bis hin zu Elektroschocktherapie)  
16 durchführen - das ist falsch! Konversionstherapien verstärken die beim Coming-  
17 out ohnehin bestehende Angst vor Stigmatisierung, Diskriminierung, Ausgrenzung  
18 und Gewalt. Depression, soziale Isolation und ein erhöhtes Suizidrisiko können  
19 weitere Folgen sein. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) strich Homosexualität  
20 bereits 1990 von der Liste psychischer Erkrankungen. Der Weltärztebund,  
21 bezeichnete gegen Homosexualität gerichtete Therapien als "ernste Gefährdung für  
22 die Gesundheit und die Menschenrechte". Als erstes europäisches Land verbot  
23 Malta 2015 Konversionstherapien. Auch in Brasilien und mehreren US-Bundesstaaten  
24 gibt es solche Verbote.

25 Alle Menschen haben das Recht auf Persönlichkeit, auf Schutz vor Diskriminierung  
26 und auf Unterstützung. Trans- und intergeschlechtlichen Menschen wird dies bis  
27 heute verwehrt. Noch immer haben wir ein veraltetes Transsexuellengesetz (TSG),  
28 das Menschen ihrer Selbstbestimmung beraubt. Denn bis heute dürfen Menschen  
29 nicht selbstständig und ohne Diskriminierung über ihren Geschlechtseintrag  
30 bestimmen. Über den Körper, die Sexualität oder das Geschlecht kann jedoch nur  
31 eine Person Auskunft geben - der Mensch selbst. Wir wollen Rechtsklarheit  
32 schaffen und das Recht eines jeden Menschen auf Selbstbestimmung und freier  
33 Entfaltung seiner Persönlichkeit umsetzen.

34 Das in der Bundesrepublik existierende Stiefkindadoption ist diskriminierend  
35 gegenüber gleichgeschlechtlichen und nicht binären Eltern. Denn im Gegensatz zu  
36 heterosexuellen Paaren, gibt es keine automatische rechtliche Elternschaft für  
37 gleichgeschlechtliche und nicht binäre Eltern. Deshalb braucht es endlich eine  
38 Reform des Abstammungsrechts, dass es gleichgeschlechtlichen und nicht binären  
39 Eltern ermöglicht, von Beginn an gleichberechtigte Eltern ihrer Kinder zu sein.

40 Auch im Jahr 2020 dürfen schwule und bisexuelle Männer, sowie  
41 transgeschlechtliche Menschen immer noch kein Blut spenden, außer sie verzichten  
42 12 Monate lang auf Geschlechtsverkehr mit anderen Männern. Statt tatsächliche  
43 Risiken nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen rational abzuwiegen,  
44 sollen weiterhin ganze Gruppen pauschal von der Blutspende ausgeschlossen  
45 werden. Das ist nicht nur gesundheitspolitisch unsinnig. In der Zeit der kruden  
46 Theorien, wer für die weltweite Pandemie verantwortlich ist, suggeriert das  
47 auch, dass von den diskriminierten Gruppen eine besondere epidemiologische  
48 Gefahr ausgeht.

49 Schon in Deutschland gibt es mehr als genug auf diesem Themengebiet zu tun. Es  
50 ist dennoch unsere Aufgabe, auch europäisch und global zu denken:

51 In Polen erleben wir einen Präsidentschaftskandidaten und momentanen Präsidenten  
52 Andrzej Duda, der gegen LSBTIQ+ hetzt, er sich gerade dieses Vorgehen zur  
53 zentralen Wahltaktik auserkoren hat. Duda will durch die Diskriminierung der  
54 queeren Community immer mehr Menschen für seinen autoritären Stil der  
55 Regierungspartei PIS gewinnen. Wenn der Präsident eine "Familiencharta"  
56 unterzeichnet, die sich gegen "LGBT-Ideologie" richtet, dann entmenschlicht er  
57 damit ganze Bevölkerungsteile. Fünf der 16 Regierungsbezirke, 37 Landkreise und  
58 55 Gemeinden in Polen haben sich zu sogenannten LSBTIQ+ freien Zonen erklärt.  
59 Damit wird gezielt Intoleranz und Hass angestachelt.

60 Ungarn hat die Corona-Pandemie für ein massives, gesellschaftspolitisches  
61 Rollback genutzt. In einem Gesetz zur Bewältigung der Corona-Krise in Artikel 33  
62 versteckt, wurde es trans- und intergeschlechtlichen Personen in Ungarn  
63 unmöglich gemacht ihren Personenstand zum korrekten Geschlecht ändern zu lassen.  
64 Dies stellt einen eklatanten Angriff auf die Rechte von queeren Personen in  
65 Ungarn dar! Außerdem steht das Gesetz klar im Widerspruch zu Rechtssprechungen  
66 des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und zur Rechtssprechung des  
67 Ungarischen Verfassungsgerichtshof.

68 Eines muss immer klar sein, die Rechte von LSBTIQ+ sind kein Minderheitenthema  
69 sondern eine grundsätzliche Frage von Menschenrechten. Sie sind eine  
70 grundsätzliche Frage von Haltung und gemeinsamen europäischen Werten, die wir in  
71 der Europäischen Union teilen.

72 Wir fordern:

- 73 1. Ein strafrechtliches Verbot von Konversionstherapien ohne Ausnahmen.
- 74 2. Ein umfassendes Selbstbestimmungsgesetz als Ablösung des veralteten TSG,  
75 damit die Diskriminierung von trans- und intergeschlechtlichen Personen in  
76 Deutschland beendet wird.
- 77 3. Eine Reform des Abstammungsrechts, dass die automatische rechtliche  
78 Elternschaft für Ehepartnerinnen in gleichgeschlechtlichen und nicht binären  
79 Beziehungen möglich wird.
- 80 4. Umfassende Solidarität mit der queeren Community in Osteuropa und klare  
81 Haltung politischer Verantwortungsträger\*innen in Kommune, Land, Bund und EU!

## Begründung

Erfolgt mündlich.